

Analyse

Urs Wüthrich Der Baselbieter Politiker soll Sitzungsgelder zurückzahlen. Er weigert sich. *Von Philipp Loser*

Ein Regierungsrat sieht rot

In seinem Regierungsbüro hängt ein Poster von Che Guevara, darunter das Zitat: «Un révolutionnaire ne démissionne jamais.» Just zum Ende seiner Amtszeit scheint sich Urs Wüthrich, Baselbieter Bildungsdirektor für die SP seit 2003, wieder an das Leitmotiv seines Vorbilds zu erinnern. Und wie! Da fordert die eigene Regierung, in der er lange Zeit der einzige Linke war, Spesengelder in unbekannter Höhe von ihm zurück, und Wüthrich (60) weigert sich nicht nur, das Geld zu bezahlen, er verkündet das gleich noch per Medienmitteilung. Seine Regierungskollegen, man kann es sich vorstellen, sind «not amused».

Hintergrund des Streits im Baselbiet ist ein etwas schwammig formuliertes Spesenreglement aus dem Jahre 1987, dessen Interpretation von einer Regierungsgeneration der nächsten mündlich weitergegeben



wurde. Die Regierungsräte bestimmten weitgehend selber, welche Sitzungsgelder und Verwaltungsratshonorare sie für sich behielten. Das ging bis vergangenen Dezember so, bis die Finanzkontrolle des Landrats feststellte, dass auch bei einer grosszügigen Interpretation des Reglements allein seit 2008 über 320 000 Franken fälschlicherweise auf den Privatkonten von Regierungsräten gelandet waren.

Auch zwei amtierende Mitglieder der Regierung waren von den Vorwürfen betroffen. Laut einem diese Woche publizierten Rechtsgutachten soll aber nur noch Urs Wüthrich dem Kanton Geld schulden - die andere Beschuldigte in der Regierung wird eingewaschen. (Es handelt sich um die umstrittene Sabine Pegoraro von der FDP, die ausgerechnet am Tag nach der Veröffentlichung des

Gutachtens von ihrer Partei für eine nächste Legislatur nominiert werden soll. Ein erstaunliches Timing.)

Wüthrich weiss noch nicht, wie viel Geld er der Staatskasse zurückzahlen soll, die «Basler Zeitung» hat die Summe von 14 000 Franken in den Raum gestellt. In einem nächsten Schritt wird Wüthrich nun von seinen Regierungskollegen angehört. Erst danach will er entscheiden, wie er in der Sache weiter vorgeht. Nach heutigem Kenntnisstand gehe er davon aus, dass er keine weiteren Rechtsmittel ergreifen werde. «Aber man soll nichts ausschliessen.»

Tatsächlich ist im letzten Jahr seiner Amtszeit - Wüthrich wird Ende Juni 2015 aus der Regierung ausscheiden - nichts mehr auszuschliessen. Der ehemalige Gewerkschafter, in den 90er-Jahren vom Emmental ins Baselbiet emigriert, zeigt nach einer

etwas lethargischen Phase wieder erstaunliche Streitlust.

Als der Landrat kürzlich sein Modell zur integrativen Schulbildung ablehnte, da drohte er noch im Landratssaal mit seinem sofortigem Rücktritt. Und machte dann unter Gerumpel wieder einen Rückzieher. Standhaft blieb er bei der Umbenennung seiner Direktionen. Als der Landrat die veränderten Bezeichnungen aus Kostengründen ablehnte, da waren die neuen Schilder schon montiert.

Auf viel Verständnis stösst der Politiker mit seinen Aktionen im Baselbiet nicht mehr. Einige wären froh, würde er nicht bis zum nächsten Jahr ausharren, sondern sofort zurücktreten. Aber das kommt für Wüthrich nicht infrage. Ein Revolutionär quittiert seinen Dienst nicht. Niemals.

USA Schon wieder wurde ein schwarzer Jugendlicher von der Polizei erschossen. *Von Jean-Martin Büttner*

Angst ist die Mutter der Gewalt

Ferguson, eine Vorstadt von St. Louis im US-Bundesstaat Missouri, muss sich ein neues Leitmotiv ausdenken. «Proud Past, Promising Future», stolze Vergangenheit und verheissungsvolle Zukunft: Das passt nicht mehr zur verstörenden Gegenwart des Ortes, die Amerika seit knapp zwei Wochen umtreibt. Innerhalb weniger Tage wurden zwei schwarze Jugendliche von weissen Polizisten erschossen, der eine war unbewaffnet, der andere stand mit einem Messer vor ihren Pistolen. Die Unruhen, die im mehrheitlich schwarzen Vorort explodierten, drücken die Angst und Wut und Machtlosigkeit einer Minderheit aus, die zum ersten Mal den Präsidenten stellt, ihre eigene Lage aber nicht verbessern konnte.

Die Antwort der Polizisten in Ferguson und jene ihrer Kollegen nach ähnlichen Vorfällen in New York, Chicago, New Orleans, Washington oder Los Angeles ist stereotyp: Wir haben uns verteidigt. Das Auffälligste an dieser Verteidigung ist die Häufigkeit, mit der sie vorgebracht wird. Das gilt nicht nur für den Bürgerkrieg auf den amerikanischen Strassen, sondern auch für die Kriege zwischen Ländern. Dauernd sehen

Explodierende Gewalt entsteht oft aus dem Gefühl der Bedrohung heraus: Brutalität als Zurückschlagen.

sich Angreifer als Verteidiger. Wladimir Putin nennt seine Gegner Terroristen, die USA bombardieren zum Schutz der Demokratie. Sogar die Nationalsozialisten sprachen von einer Reichswehr.

Die Waffe als Menschenrecht

Das sind Deckbegriffe der Propaganda, natürlich, aber sie drücken die Ambivalenz gegenüber der Aggression aus, die sich legitimiert durch die Notwendigkeit der Selbsterhaltung. Die Erschiessung des ersten Jugendlichen in Ferguson begründete der Polizist mit der Behauptung, dieser habe ihm die Waffe entreissen wollen. Die Todesschützen des zweiten jungen Afroamerikaners sagten, dieser habe sie bedroht.

Das ist schwer zu glauben angesichts der paramilitärischen Rüstung, in der viele amerikanische Polizisten

patrouillieren. Wie also sind die Überraschungen von Ferguson zu erklären?

Das Offensichtliche zuerst: Sie haben mit Rassismus zu tun. Vor allem in Gegenden, wo die Bürgerrechtsgesetze kaum etwas an der Segregation geändert haben und die überwiegend weisse Polizei von der überwiegend armen schwarzen Bevölkerung als Besatzungsmacht wahrgenommen wird.

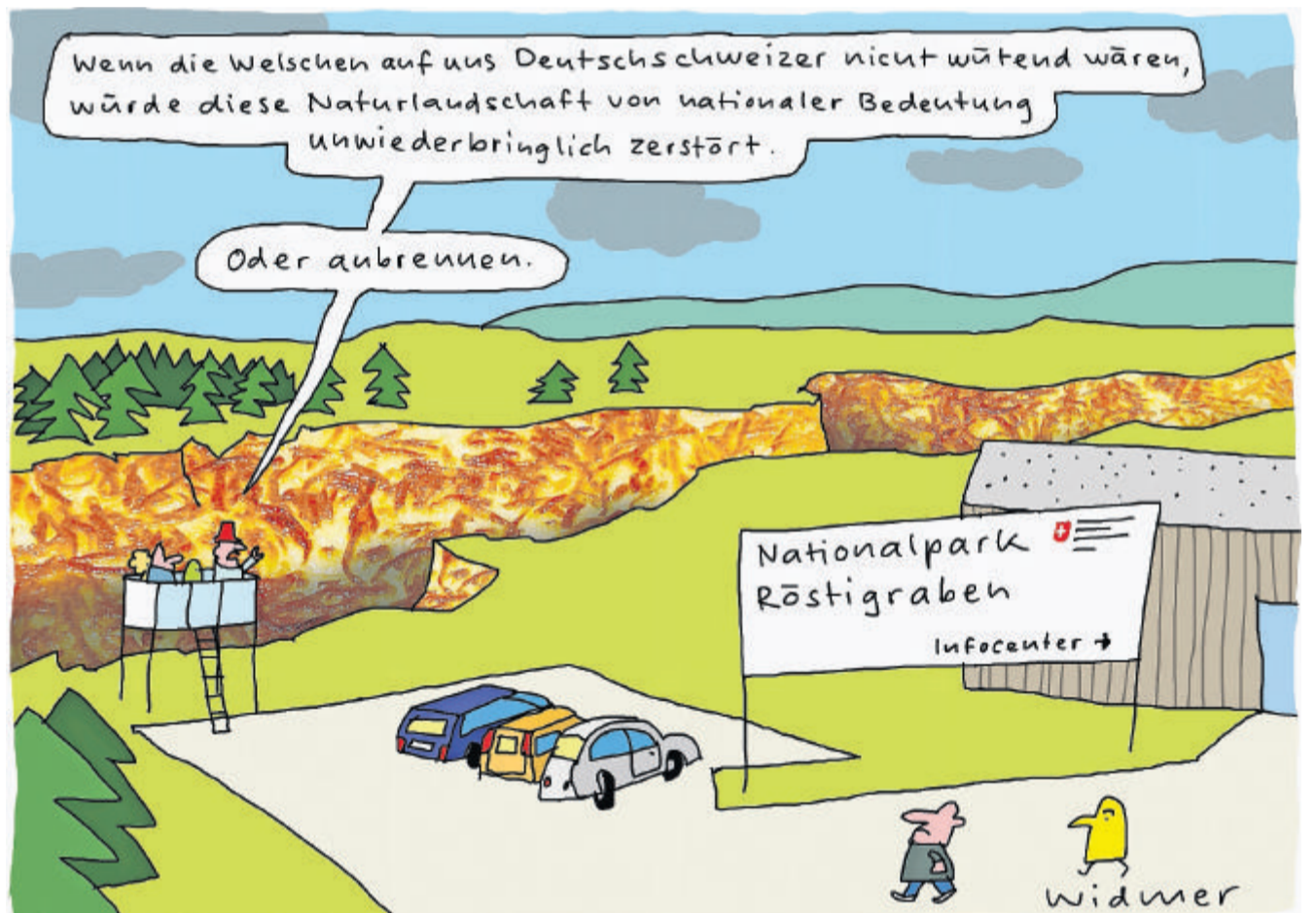
Ferner verweisen solche Vorgänge auf die Gewaltbereitschaft eines Landes, dessen Bürger das verfassungsmässig garantierte Tragen einer Waffe wie ein Menschenrecht verteidigen, als streifen sie immer noch als Siedler durchs eigene Land und müssten sich gegen Wilde oder Tiere verteidigen.

Institutioneller Rassismus

Schliesslich haben die Schnellschüsse der Polizisten auch mit Angst zu tun. Angst ist die Mutter der Gewalt, explodierende Gewalt entsteht oft aus dem Wittern einer Bedrohung heraus. Und die Brutalität der Reaktion wird als Zurückschlagen wahrgenommen und legitimiert. Wie zahllose amerikanische Untersuchungen belegen, reagieren Versuchspersonen auf Bilder von schwarzen Gesichtern mit einem Gefühl von Bedrohung. Diese Reaktion führt auch zum «Racial profiling». Der Ausdruck aus der amerikanischen Kriminalistik meint die Schikanie von Afroamerikanern, Arabern, Latinos und anderen Minderheiten durch die Behörden: den institutionellen Rassismus.

Der kanadische Historiker und Journalist Malcolm Gladwell, als Sohn einer Jamaikanerin selber von dunkler Hautfarbe, hat solche Reaktionsmuster analysiert. Er konnte nachweisen, welche Rolle die Angst bei den vier New Yorker Polizisten spielte, die einen jungen Afroamerikaner mit 41 Kugeln durchsiebten, obwohl er keine Waffe trug. Sie sahen einen Mann, der einem gesuchten Vergewaltiger ähnlich sah, der nicht auf ihre Rufe reagierte, der etwas aus der Tasche zog, das sie für eine Waffe hielten. Es war sein Portemonnaie; er wollte sich ausweisen.

Gladwell fand auch heraus, warum er selber eine Zeit lang von der Polizei immer wieder befragt und am Zoll überhäufig kontrolliert wurde: Er hatte sein Haar zum Afro wachsen lassen.



Debatte Die Deutschschweiz unterschätzt, was das Nein zu Frühfranzösisch in der Romandie auslöst. Staatlicher Sprachzwang wäre dennoch falsch. *Von Daniel Foppa*

Man spricht Deutsch

Dem Frühfranzösisch wird der Garaus gemacht. Das Thurgauer Parlament will das Fach in der Primarschule streichen, in der Zentralschweiz hegt man ähnliche Pläne. In Luzern, Graubünden und St. Gallen stehen entsprechende Volksinitiativen an. Der Damm ist gebrochen, weitere Kantone werden folgen. Frühfranzösisch-Gegner können fortan vorgeben, bloss das auszusprechen, was alle denken: Molières Sprache taugt nicht für die Primarschule. Frühfranzösisch überfordere Kinder wie Lehrer. Entscheidend sei nicht der Beginn des Spracherwerbs, sondern die Kompetenz am Ende der obligatorischen Schulzeit.

Komplett unterschätzt wird dabei, was solche Entscheide in der Romandie auslösen. Aus Westschweizer Sicht ist es ein Affront, wenn nun ein Kanton nach dem anderen Frühfranzösisch entsorgt - und die 2004 von den Erziehungsdirektoren festgelegte Fremdsprachenstrategie zu Makulatur macht. Was derzeit aus der Romandie zu hören ist, sind bloss Vorboten einer breiten Empörung, die anheben wird, sollte Frühfranzösisch flächendeckend gestrichen werden.

Nun kann man darob die Schulter zucken und den Welschen einen Hang

zur Hysterie unterstellen. Oder sich fragen, weshalb man westlich der Saane derart sensibel reagiert. Gründe dafür gibt es genug.

Fremde im eigenen Land

Das Interesse an der französischen Sprache sinkt in der Deutschschweiz seit Jahren. Denn zunehmend fehlen die Anwendungsmöglichkeiten: Englisch ist die dominierende Fremdsprache, das Welschlandjahr aus der Mode, nur noch wenige Armeeinghörige leisten Dienst in der Westschweiz. Das Interesse am anderen Landesteil schwindet in dem Masse, wie die Globalisierung voranschreitet. Die Welt wird zum Dorf. Und der Mitbürger zum Fremden im eigenen Land.

Westschweizer Parlamentarier müssen zunehmend Deutsch sprechen, wenn sie in Bundesbern noch verstanden werden wollen. Der forcierte Vormarsch des Dialekts grenzt all jene Romands aus, die sich in der neu erworbenen Fremdsprache verständigen möchten. Wie bei der Abschaffung des Frühfranzösisch ist es ironischerweise die Patriotenpartei SVP, die zuvorderst für die Mundartoffensive kämpft und damit den nationalen Zusammenhalt strapaziert.

Wenn die Verständigung zwischen den Landesteilen sinkt und zentrifugale Kräfte ohnehin zunehmen, braucht es wenig, um mit sprachpolitischen Entscheiden Schaden anzurichten. Und eine Gegenreaktion heraufzubeschwören, die alles noch viel schlimmer macht. So ist die Forderung nach einem staatlich verordneten Zwang zum Frühfranzösisch kontraproduktiv. Gegen den Willen eines Kantons sollte nicht auf dem Fach beharrt werden. Das Ansehen der Sprache würde sinken, der Unterricht drohte zur Alibiveranstaltung zu verkommen.

Was es vielmehr braucht, ist Überzeugungsarbeit - und Massnahmen, um die Anwendung der Fremdsprache zu fördern: den Schüleraustausch mit der Romandie im Lehrplan verankern; zusätzliche Kredite für Studenten, die im anderen Landesteil studieren; Betriebe, die Mitarbeiter motivieren, ein paar Monate in der Westschweizer Niederlassung zu arbeiten; verstärkter kultureller Austausch über die Sprachgrenze hinweg. Verständigung zwischen den Sprachen braucht beharrliche Pflege. Dieses Bewusstsein war einst prägend für die Schweiz. Es droht uns abhandeln zu kommen.